

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.06.2010

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:40 Uhr bis 18:40 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr

Entschuldigt fehlt:

Herr Raik Müller CDU Vertreter: Frau Dr. Wünscher

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

Die Vorlagen

- 5.3. Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungssatzung) Vorlage: V/2009/08278

- 5.4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale)  
(Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279

wurden im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten in erster Lesung beraten, ein abschließendes Votum liegt noch nicht vor.

Die Vorlage

- 5.11  
Mitteilung über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO  
Vorlage: V/2010/08816

wird vertagt, da der Rechnungsprüfungsausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

Die CDU-Fraktion stellt folgenden

- Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft,  
V/2010/08752  
Vorlage: V/2010/09002

(neu TOP 5.7.2)

Die Verwaltung zieht die Beschlussvorlage:

- 5.12. Fortschreibung Haushaltskonsolidierungskonzept (2010)

zurück.

### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.05.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2009  
Vorlage: V/2010/08786

- 5.2. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH  
Vorlage: V/2010/08912
- 5.3. Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale)  
(Sondernutzungssatzung)  
Vorlage: V/2009/08278 zurückgezogen
- 5.4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die  
Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279 zurückgezogen
- 5.5. Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle an der Saale  
Vorlage: V/2010/08741
- 5.6. Wirtschaftsplan 2010/2011 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2010/08900
- 5.7. Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums  
in freie Trägerschaft  
Vorlage: V/2010/08752
- 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage  
"Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums  
in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)  
Vorlage: V/2010/08832
- 5.7.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Umsetzungsbeschluss zur Übertragung  
des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft, V/2010/08752  
Vorlage: V/2010/09002 neu
- 5.8. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom  
08.12.2009 über die überörtliche Prüfung mit dem Schwerpunkt "Wirtschaftlichkeit von  
PPP-Projekten"  
Vorlage: V/2010/08871
- 5.9. Einführung der papierlosen Ratsarbeit  
Vorlage: V/2010/08822
- 5.9.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen'  
Stadtratsarbeit  
Vorlage: V/2009/08342
- 5.9.2 Änderungsantrag vom Stadtrat Bernhard Bönisch (CDU) zum Antrag "Einführung der  
papierlosen Ratsarbeit", V/2010/08822 neu  
Vorlage: V/2010/09010
- 5.10. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Zweckentsprechende  
Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit"  
Vorlage: V/2010/08904
- 5.11. Mitteilung über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus e.V. sowie der  
Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO  
Vorlage: V/2010/08816 zurückgezogen
- 5.12. Fortschreibung Haushaltskonsolidierungskonzept (2010) zurückgezogen

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.05.2010**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.05.2010 wird genehmigt.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung am 18.05.2010 fasste der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften folgende abschließende Beschlüsse:

- zu 3.1 Unbefristete Niederschlagung einer Forderung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08273

#### **Beschluss:**

Die Forderung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 145.451,28 € wird unbefristet niedergeschlagen.

- zu 3.2 Tausch eines kommunalen Grundstücks gegen ein privates Grundstück -  
Vorlage: V/2010/08581

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Tausch der Grundstücke Gemarkung Reideburg, Flur 01, Flurstück 242 mit einer Teilfläche von 13.200 m<sup>2</sup> an die GSA Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH Kantstraße 05 in 39104 Magdeburg und Gemarkung Ammendorf, Flur 03, Flurstück 1379 und 1377 an die Stadt Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.06.2010 - öffentlicher Teil

zu 3.3 Verkauf eines kommunalen Grundstückes  
Vorlage: V/2010/08815

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks Hubertusplatz (Gemarkung Kröllwitz, Flur 22, Flurstück 11) an die GWG Halle-Neustadt mbH, Am Bruchsee 14 in 06122 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2009 - Vorlage: V/2010/08786**

---

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

(Frau Hintz und Herr Knöchel nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2009 entlastet.

**zu 5.2 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH  
Vorlage: V/2010/08912**

---

Herr Geier übernahm die Sitzungsleitung. Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

(Herr Dr. Meerheim nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

**Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2009 wird in der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 06. April 2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 11.678.021,81.  
Die Bilanzsumme beträgt EUR 517.911.373,45.

2. Nach Einstellung von 10% des Jahresüberschusses in die satzungsmäßige Rücklage werden vom Bilanzgewinn 2009 (Jahresüberschuss 2009 abzüglich Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage und zuzüglich Gewinnvortrag des Jahres 2008) EUR 10.800.000,00 an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
3. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von EUR 84.929,33 wird als Gewinnvortrag auf das Geschäftsjahr 2010 vorgetragen.
4. Der von der Geschäftsführung der HWG vorgelegte, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 09. April 2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2009 mit

Bilanzsumme : EUR 591.302.178,15  
Konzern-Bilanzgewinn: EUR 4.877.333,41

wird festgestellt.

5. Dem Geschäftsführer der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
6. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Herr Geier übergab die Sitzungsleitung wieder an Herrn Dr. Meerheim.

**zu 5.3 Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungssatzung)  
Vorlage: V/2009/08278**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht beraten, da der Fachausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

**zu 5.4 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht beraten, da der Fachausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

**zu 5.5 Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle an der Saale**  
**Vorlage: V/2010/08741**

---

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt folgende Änderungen der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle an der Saale.

a) § 6 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Stiftungsvorstand besteht aus fünf Mitgliedern.  
Drei Bürger der Stadt Halle, die aber nicht Geistliche sein dürfen, werden vom Stadtrat der Stadt Halle für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Zwei Beigeordnete werden vom Oberbürgermeister benannt, wobei der Oberbürgermeister anstelle eines Beigeordneten den Sitz im Stiftungsvorstand selbst wahrnehmen kann. Der Sitz der Beigeordneten bzw. des Oberbürgermeisters ist an die Dauer der Wahlzeit gebunden.“

b) In § 8, Abs. 1 wird folgender S. 3 angefügt:

„Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden, bei Abwesenheit dessen, die Stimme des stellvertretenden Vorsitzenden den Ausschlag, es sei denn die Satzung bestimmt etwas anderes.“

2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.6 Wirtschaftsplan 2010/2011 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**  
**Vorlage: V/2010/08900**

---

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) ermächtigt, den Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2010 bis zum 31.07.2011 zu beschließen.

## **zu 5.7      Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft**

**Vorlage: V/2010/08752**

---

Die Diskussion der Punkte 5.7 und 5.7.2 erfolgte zusammen.

An der Diskussion beteiligten sich Frau Hintz, Herr Misch, Herr Wehrich, Herr Knöchel, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Wöllenweber, Herr Dr. Pohlack, Herr Kogge, Herr Geier und Herr Böhnke.

Die Einführung wurde von Herrn Böhnke vorgenommen. Er erläuterte, dass die Beantwortung der Fragen der Fraktionen vorgenommen und die Vorlage formal überarbeitet wurde, bzw. eine Stellungnahme erfolgte. Er wies auf den neuen Änderungsantrag der CDU-Fraktion hin (Kurator).

Auf Nachfrage zur haushaltsrechtlichen Möglichkeit der Deckung führte Herr Geier aus, dass sich die Verwaltung zurzeit in der vorläufigen Haushaltsführung befinde und die als Deckung angegebenen 50 T€ gesperrt seien. Bei der Etatdiskussion wurde dieses Thema bereits angesprochen und Herr Dr. Wiegand hatte erklärt, wofür diese Mittel ausgegeben werden sollen. Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, werden diese geplanten Mittel als Gegenbeitrag zur Stopfung der Deckungslücke angesetzt werden müssen, wenn der Haushalt seine Bestätigung erfährt. Er bestätigte, dass vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Haushaltslage aus haushaltsrechtlichen Gründen keine freiwillige Position als gesichert angesehen werden könne. Die Verwaltung und der Stadtrat dürfe die finanzielle Lage nicht weiter verschlechtern. Die beantragten 20 T € seien ein erheblicher Betrag, der an anderer Stelle konsolidiert werden müsse. Auch die Kommunalaufsichtsbehörde werde in der momentanen Haushaltssituation genau prüfen, dass keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben von der Stadt übernommen werden.

Herr Kogge führte auf konkrete Nachfrage aus, dass er den Antrag der Fraktion nicht werten wolle. Die haushaltsrechtliche Situation wurde von Herrn Geier erläutert. Er schätze ein, dass der freie Träger, falls mehr Geld bewilligt werde, dieses sinnvoll verwenden werde.

Die Diskussion rankte sich um den Übergang der Mitarbeiter und deren Finanzierung. Es wurde betont, dass eine wichtige Säule für die Erbringung der Arbeit das ehrenamtliche Engagement der Halloren sei.

Die Mitglieder äußerten, dass der Kulturausschuss aus inhaltlichen Gründen den Änderungsantrag beschlossen habe. Dies sei aus fachlicher Sicht nachvollziehbar. Der Finanzausschuss müsse aus seiner Rolle heraus die finanzielle Situation der Stadt im Blick haben und engagiert das Ziel der Konsolidierung von Ausgaben verfolgen. Ein Beschluss des Antrages würde die Erreichung des Zieles einschränken.

Auf der anderen Seite wäre der Beschluss eigentlich schon im Stadtrat gefasst worden, wenn dieser nicht noch mal zurückverwiesen worden wäre.

Über den Antrag wurde bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Ausschuss für Finanzen diskutiert. Damals sollte er vom Haushalt abgekoppelt und extra gestellt werden. Die geplanten Ausgaben für Graffiti seien ebenso freiwillig wie die Erhöhung des Zuschusses an die Halloren. Es wurde angeregt zu prüfen, ob sich eine Verschiebung aufgrund des Jahresfortschritts ergeben habe bzw. könnte und aus dieser die notwendige Deckung erreicht werden könne.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.06.2010 - öffentlicher Teil

Im Kulturausschuss wurde darum gebeten, dass ein Vertreter des EB ZGM bei der heutigen Sitzung anwesend ist. Es wurde kritisiert, dass dieser Bitte nicht nachgekommen wurde. Mit der Antwort bezüglich der Zahlung an den EB ZGM sei man ebenfalls nicht einverstanden und bat um Nachbesserung. Instandsetzungen und Investitionen seien nötig und die dafür geplanten Mittel sollten dem freien Träger zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass auch von Seiten der Stadt Investitionen am Gebäude gewünscht seien. Diese können jedoch nicht aus dem laufenden Haushalt finanziert werden, sondern müssen im Vermögenshaushalt geplant und dann dem EB ZGM zur Verfügung gestellt werden, um diese Investitionen durchzuführen. Der EB ZGM dürfe aber keine Maßnahmen für die Saline zu Lasten anderer Instandhaltungen zulassen.

### **Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
3 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin zu ermächtigen, das Technische Halloren- und Salinemuseum zum 1.08.2010 an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. zu übertragen.

### **Finanzielle Auswirkung:**

Zuschuss Verein Haushaltsstelle: Verw. HH: 1.3212.718000  
2010 (anteilig) 265.000 €  
2011 600.000 €  
2012 550.000 €

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des  
Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft"  
(Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)  
Vorlage: V/2010/08832**

---

### **Ergebnis:**

Nicht beraten, da der Antrag in der Sitzung des Kulturausschusses am 9.6.2010 zurückgezogen wurde.

**zu 5.7.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum  
Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren-  
und Salinemuseums in freie Trägerschaft, V/2010/08752  
Vorlage: V/2010/09002**

---

Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.7.

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Finanzplan Position: Werkvertrag Kurator Dauerausstellung / Honorare

Die im Finanzplan eingestellten Mittel werden um 20.000€ erhöht und auf die Jahre 2010 und 2011 anteilig verteilt.

Deckungsvorschlag: Einzelplan 1, Unterabschnitt 1100 519100 – Beseitigung von Graffiti

**Hinweis:**

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Sitzung des Stadtrates am 23.06.2010 zu prüfen, ob eine andere Deckung angeboten werden könne.

**zu 5.8      Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 08.12.2009 über die überörtliche Prüfung mit dem Schwerpunkt "Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten"  
Vorlage: V/2010/08871**

---

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum vorgenannten Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 08.12.2009.

**zu 5.9      Einführung der papierlosen Ratsarbeit  
Vorlage: V/2010/08822**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Knöchel, Herr Geier, Herr Dr. Furchert und Herr Strohmeyer.

Herr Bönisch stellte den unter TOP 5.8.2 zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommenen Änderungsantrag. Er begründete ihn damit, dass die Pilotphase mit 54 Personen zu groß sei. Seiner Auffassung nach sei es auch nicht notwendig, jederzeit das Internet nutzen zu können. Er bat die Verwaltung, die Vorlage zu überarbeiten.

Herr Geier und einige Mitglieder des Ausschusses betonten, dass der vorliegende Vorschlag von einer Arbeitsgruppe erarbeitet wurde, an der Vertreter aller Fraktionen des Stadtrates beteiligt waren. Die Anzahl der Mitglieder der Politphase ergab sich aus einer Bedarfsabfrage.

Es wurde angefügt, dass die große Teilnahme ein Vorbekanntnis zum Projekt darstellen könnte.

Dr. Furchert betonte, dass, zurückgegebene Laptops, in der Verwaltung eingesetzt werden können. Die Kosten für das Verfahren Mandatos (analog Magdeburg) halten sich im überschaubaren Rahmen.

Herr Strohmeyer erläuterte technische Parameter, u. a. UMTS.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Verwaltung und Stadtrat öffnen sich mit einem gemeinsamen Pilotprojekt der papierlosen Ratsarbeit. Am Projekt beteiligen sich Verwaltung und Fraktionen mit folgender Verteilung:

CDU	6 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
DIE LINKE.	6 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
SPD	2 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
FDP	8 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	7 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	8 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
OB-Büro	3
Dezernate I - V (Bg. + Referenten)	10
Geschäftsstelle Stadtrat	4
Summe	54

2. Für die papierlose Ratsarbeit werden von der Verwaltung die notwendige Hardware (Notebook incl. Sekundärakku, UMTS-Karte, Mouse, Tasche) und Software (Officepaket, pdf-Reader, Mandatos, Virenschutz), welche durch die ITC administriert wird, sowie eine drahtlose Verbindung zum Internet bereitgestellt. Über die ITC erfolgt die komplette Abwicklung des Geschäftsprozesses.
3. Die Teilnehmer am Pilotprojekt erklären ihren Verzicht auf die Zustellung von Papierdokumenten. Bei Planungsdokumenten kann im Einzelfall ein Papierdokument von der Verwaltung angefordert werden. Die Geschäftsstellen der Fraktionen erhalten grundsätzlich ein Papierdokument auf Wunsch.
4. Grundsätzlich sind die Teilnehmer am Pilotprojekt dafür verantwortlich, dass die Akkus für den Betrieb der Notebooks aufgeladen sind. Zu den Sitzungen des Stadtrates stellt die Verwaltung für Notfälle insgesamt 25 bis 30 Stromanschlüsse für die Teilnehmer am Pilotprojekt zur Verfügung.
5. Der Pilotbetrieb mit 54 Teilnehmern (Stadträte und Verwaltung) startet in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit finanzieller Mittel im Jahr 2011. Die Beschaffung der Hard- und

Software erfolgt im Jahr 2011 nach den Regeln der städtischen Haushaltsführung.

6. Die für die Finanzierung notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von ca. 126 T€ im VMH und ca. 51 T€ im VWH sind im Haushaltsplan 2011 einzuplanen. Für die Folgejahre sind die Betriebskosten für den Pilotbetrieb in Höhe von ca. 51 T € entsprechend einzuplanen.
7. Eine Evaluierung des Pilotprojektes erfolgt nach zwei Jahren. Danach wird über den Fortgang des Projektes (Einstellung, Ausweitung, Beibehaltung des Status quo) neu entschieden.

Zusätzlicher Hinweis als Ergänzung und zur besseren Nutzung der Niederschrift

Auf Bitte der Ausschussmitglieder reichte Herr Dr. Furchert die folgende Berechnung für die Sitzung im Stadtrat nach:

**Kalkulatorischer Nutzen Elektronische Ratsarbeit**

**Herkömmliches Verfahren**

Sachwert	Fallzahl	Einzelkosten	Einzelkosten (Benchmarking)	Gesamtzahl 1 Jahr	Gesamt Legislatur
Papier	910.000		0,01 €	9.100,00 €	45.500,00 €
Kopierkosten	910.000		0,05 €	45.500,00 €	227.500,00 €
Fahrten zu SR	35 Std.	24,45 €		10.269,00 €	51.345,00 €
Porto	5 Send/mtl.	0,40 €		1.344,00 €	6.720,00 €
Briefumschläge	10 Send/mtl.		0,07 €	470,40 €	2.352,00 €
Arbeitskraft Team SR	8 h / mtl.			12.408,00 €	62.040,00 €
Archivierung*	91 lfd. m		135 €	12.285,00 €	61.425,00 €
				91.376,40 €	456.882,00 €

**Modernes Verfahren**

75 Laptops	5 Jahre-Zyklus			25.800,00 €	129.000,00 €
Betriebskosten				54.500,00 €	272.500,00 €
				80.300,00 €	401.500,00 €

**Wirtschaftlichkeitsbetrachtung**

Herkömmliches Verfahren	91.376,40 €	456.882,00 €
Modernes Verfahren	80.300,00 €	401.500,00 €
<b>Kalkulatorischer Nutzen</b>	<b>11.076,40 €</b>	<b>55.382,00 €</b>

\* ohne Geschäftsgang der Verwaltung

**zu 5.9.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit  
Vorlage: V/2009/08342**

**Ergebnis:**

Der Antragsteller hat seinen Antrag zurückgezogen, weil die Verwaltung die Intensionen des Antrages in die Vorlage aufgenommen hat.

**zu 5.9.2 Änderungsantrag vom Stadtrat Bernhard Bönisch (CDU) zum Antrag  
"Einführung der papierlosen Ratsarbeit", V/2010/08822  
Vorlage: V/2010/09010**

---

Die Diskussion wurde bei Tagesordnungspunkt 5.8 mit geführt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Punkt 2 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

Für die papierlose Ratsarbeit werden von der Verwaltung die notwendige Hardware (Notebook incl. Sekundärakku, UMTS-Karte, Mouse, Tasche) und Software (Officepaket, pdf-Reader, Mandatos, Virenschutz), welche durch die ITC administriert wird, sowie eine drahtlose Verbindung zum Internet bereitgestellt. ***Dabei sollten UTMS-Anschlüsse nur den Stadträten und Mitgliedern der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, die zu Hause nicht über einen adäquaten Internetzugang verfügen.***

Weiter wie in Punkt 2 ausgeführt.

**zu 5.10 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt  
"Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die  
Fraktionsarbeit"  
Vorlage: V/2010/08904**

---

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 28.09.2009 über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“.

**zu 5.11 Mitteilung über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-  
Welt-Haus e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des  
Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO  
Vorlage: V/2010/08816**

---

**Ergebnis:**

Zurückgestellt, da noch kein abschließendes Votum des Rechnungsprüfungsausschusses vorlag.

## **zu 5.12 Fortschreibung Haushaltskonsolidierungskonzept (2010)**

---

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

## **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## **zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

## **zu 8 Mitteilungen**

---

### Schülerticket

Herr Kogge teilte bezüglich der Frage von Frau Krausbeck in der Sitzung am 18.05.2010 mit, dass die Antwort des Landes noch ausstehe.

### Haushalt 2010

Herr Geier teilte mit, dass dem Landesverwaltungsamt eine Fristverlängerung für die Prüfung des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) 2010 bis zum 21.06.2010 gewährt wurde.

## **zu 9 mündliche Anfragen**

---

### Auflistung Gutachten

Herr Knöchel kritisierte, dass die ihm übergebene Auflistung über die Gutachten (Bitte im Rechnungsprüfungsausschuss) nicht vollständig sei und bat um Nachbesserung. (Er wies auf die Gutachten HWG / GWG.)

### Fuhrparkkonzept

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich bezüglich des städtischen Fuhrparkkonzeptes wies Herr Dr. Pohlack auf die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin und die im Eigenbetriebsausschuss ZGM gegebenen Informationen hin.

### Fördermittel

Herr Geier informierte auf Nachfrage von Herrn Wolter und Herrn Dr. Meerheim, dass aus haushaltsrechtlichem Grund noch nicht 100 % der geplanten Fördermittel zur Ausgabe freigegeben seien.

## **zu 10     Anregungen**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin